

Jürgen Trittin

Gegen die Anarchie des Marktes

Investieren - Regulieren - Institutionen

Sehr geehrte Damen und Herren,

1 Intro

Geld regiert die Welt. Doch wer regiert das Geld?

Die Regierung? Von Regierung kann man im Deutschland der Großen Koalition nicht reden. Ob Betreuung der Langzeitarbeitslosen oder Kampf gegen Steueroasen, oder die

Verstaatlichung einer systemrelevanten Pleitebank.

Vertagen, zerreden, verweigern lautet der Konsens der Großen Koalition.

Aber **regiert** Geld die Welt?

Das sieht eher nach Anarchie aus. Einer Anarchie, ganz anders als es sich die fröhlichen Anarchisten der 70er Jahre vorgestellt haben.

Auf eine spontimäßige Kreativität bei der Entwicklung immer neuer Kettenbriefsysteme folgt nun eine ebenso spontihafte Destruktivität in der Welt der *Derivate* und *Zertifikate*, der *Options* und *Futures*, der

Credit Default Swaps und *Asset Backed Securities*.

Überfordert scheinen fast alle der Akteure und einig ist man sich wohl höchstens in der Diagnose.

Derzeit ist klar: Keiner regiert das Geld.

Wir wollen heute über die fundamentale Neuordnung des internationalen Finanzsystems diskutieren und für uns von der grünen Bundestagsfraktion ist eines klar:

↪ Dies ist **keine konjunkturelle Delle**.

↪ Die **Talsole** ist noch **nicht erreicht**.

↪ Und wenn die Krise zu Ende sein wird, wird es **nicht mehr so sein wie früher**.

Anders gesagt:

Ein Zurück zur national regulierten sozialen Marktwirtschaft wird es ebenso wenig geben, wie es wieder eine finanzmarktdominierte und unregulierte Weltwirtschaft geben darf.

Ein paar kleinere, am Ende bloß kosmetische Korrekturen, ein paar Abschreibungen und einige kleinere Bilanzregelveränderungen werden den Job nicht machen können.

Wir haben eine **groteske Verselbständigung des Finanzsystems** erlebt. Eine offensichtliche Zweckentfremdung finanzwirtschaftlicher Institutionen und In-

strumente, mit desaströser Rückwirkung auf die Realwirtschaft.

Ich sagte **Verselbstständigung** nicht Abkoppelung. Wie wenig es eine Abkoppelung der Finanzwirtschaft von der Realwirtschaft gegeben hat, kann man an den Folgen in der Realwirtschaft sehen.

- ↳ Globale Auftragseinbrüche in der Chemieindustrie von 20 % bis 50 %
- ↳ Wurden im letzten Jahr 62 Mio. Fahrzeuge abgesetzt, so werden es diese Jahr höchstens 50 Mio. sein – und 25 Mio. davon stehen bereits auf den Höfen der Autohändler

- ↳ Vor diesem Hintergrund rechnen wir in Deutschland mit einem Rückgang des Bruttosozialprodukts 2009 von rund 5%.

Eine Wirtschaftspolitik, die sich auf die Senkung von Zinsen und die **Privatisierung der Regulierung** – das meinte Deregulierung – beschränkte, hat die Weltwirtschaft an den Rand des Kollapses gebracht.

1.1 Globale Krise

Die Ursachen der Krise werden immer noch gelegentlich zu sehr eingeschränkt auf die US-Subprime-Krise. Doch es hätte wohl auch an anderen Stellen krachen können. Oft werden die explodierenden Kreditkartenschulden der Amerikaner genannt, die Pleite eines großen Hedgefonds oder die destabili-

sierende Wirkung der Ungleichgewichte zwischen exportierenden und importierenden Staaten.

Das gesamte globale Wirtschafts- und Finanzsystem war und ist fragil. Und die Folgen der Krise sind fatal:

Der Ausbruch der **Finanzkrise** nahm seinen Ausgang zwar in den Industrieländern. Aber in Zeiten der starken gegenseitigen (wirtschaftlichen) Abhängigkeit und Vernetzung ist sie schnell zu einer **globalen Wirtschaftskrise** geworden.

Die globalen wirtschaftlichen Einbrüche haben die anfangs verbreitete Vermutung oder auch Hoffnung widerlegt, dass **Teile der Welt quasi entkoppelt** seien (beispiels-

weise die Schwellenländer). Nicht nur die 20 Mio. chinesischen Wanderarbeiter, die in Folge der Krise ihre Jobs verloren haben, zeigen die gravierenden Folgen.

Die Weltbank hat festgestellt, dass die Krise mehr als **200 Mio. Menschen neu in die absolute Armut** bringen könnte, wenn nicht durch internationale Hilfe gegengesteuert wird.

Aber auch in den Industrieländern müssen sich viele Millionen Menschen auf den Verlust von Arbeitsplätzen, von Häusern, einer angemessenen Krankenversicherung oder auf ein deutlich reduziertes Alterseinkommen einstellen.

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) erwartet, dass die Arbeitslosigkeit (im formellen Sektor) 2009 um 20 Mio. auf über 50 Mio. zunehmen wird.

Die (Wirkungs-) **Kanäle, über die die Krise Entwicklungs- und Schwellenländer** erreicht, sind der massive Einbruch von **Exporten**, der Preisverfall für **Rohstoffe**, der Abzug von **Kapital**, die **Verringerung von Direktinvestitionen**, Einbruch der Börsen, massive Abwertung der Währung, der Zugang zu **privaten Kapitalmärkten** erschwert sich, etc.

Wir müssen bei der Bekämpfung der Krise zwischen den **kurzfristigen** Feuerlöscharbeiten und dem **langfristigen** Brandschutz unterscheiden.

2 Investitionsprogramme

Zunächst einmal ist der grundsätzliche Ansatz, den nun viele Staaten wählen, die Krise unmittelbar durch eine Steigerung der Nachfrage abzufedern, naheliegend.

Wir Grünen plädieren dafür, als Antwort auf die Krise massiv zu investieren in Klima, Gerechtigkeit Bildung.

Dies ist **mehr als ein kurzfristiges Konjunkturprogramm**. Wir wollen **strukturelle Investitionen**, die langfristig unsere Wettbewerbsfähigkeit verbessern und vorhandene Ungleichgewichte besser ausbalancieren. **So sollen 1 Mio. neuer Jobs entstehen.**

- ↪ Investitionen in **Gerechtigkeit** bedeuten höhere Transfereinkommen, Senkung der Sozialabgaben – nicht der Steuern - für Geringverdiener und die Einführung eines Mindestlohns.
- ↪ Mit der Einführung des **Bildungssoli** wollen wir die verlorene Wettbewerbsfähigkeit unseres Bildungssystems wieder herstellen.
- ↪ Und wir sind fest davon überzeugt, dass die Umstellung unseres Wirtschaftssystems auf eine kohlenstoffarme, ressourceneffiziente Produktion der Schlüssel für neuen wirtschaftlichen Aufschwung ist. Deshalb muss massiv in **Klima** investiert werden.

Achim Steiner, Chef von UNEP, wirbt seit Monaten dafür, die Wirtschaftskrise für einen „**Global Green New Deal**“ zu nutzen. Also Investitionen in eine ökologisch ausgerichtete Infrastruktur oder ein angepasstes Energiesystem.

In manchen Staaten geschieht das ja auch, so sind etwa rund 80% des koreanischen Programms als ökologische Investitionen einzustufen, nur 13% der deutschen.

Eine andere Aufgabe besteht darin, sicherzustellen, dass Konjunkturprogramme der Industrieländer keine **negativen Auswirkungen auf Entwicklungsländer** haben. Diese Befürchtung besteht gerade in den Ländern, welche keine eigenen Programme zur Stützung auflegen können.

Aber Investitionsprogramme sind natürlich kein Rezept gegen zukünftige Krisen. **Langfristig** müssen wir über **Finanzmarktregulierung** und internationale **institutionelle Architektur** sprechen und das wollen wir heute tun.

Ein *Global Green New Deal* würde beides umfassen, ein Umsteuern in der Krise durch massive Investitionsprogramme in ökologische Modernisierung und einen **fundamentalen Umbau des globalen Finanz- und Wirtschaftssystems**.

Ökologische Erneuerung, nationale und globale Solidarität sowie eine engagierte Finanzmarktregulierung sind die drei Säulen für einen Global Green New Deal.

3 Finanzmarkt Regulieren

Wir brauchen eine **Festlegung auf klare Leitlinien der Finanzregulierung**. Dabei muss der Grundgedanke der sein, dass **kein Finanzplatz zukünftig unreguliert bleibt**, dass so genannte innovative Finanzprodukte vor der Einführung geprüft werden und dass alle Akteure gezwungen werden, eine nachvollziehbare Risikobewertung vorzunehmen.

3.1 Regulierungsoasen:

... sind Sitz von Zweckgesellschaften und Hedgefonds. Fallen häufig mit Steueroasen zusammen. Regulierungsoasen sind wahrscheinlich Hauptursache der Finanzmarktkrise. Ihre Existenz hat dazu geführt, dass Risiken versteckt werden konnten. Die Landesbanken haben es vorgemacht und Milliardenrisiken in Zweckgesellschaften untergebracht.

Übrigens sind Regulierungsoasen nicht sehr kleine Inseln, sondern auch in Irland hat die dortige Aussicht aus Standortpolitik nicht genau hingesehen. Auch Großbritannien schützt seine Regulierungs- und Steueroasen Jersey und Guernsey, die beliebte Hedgefonds-Standorte sind, die wiederum von

der Londoner City aus geleitet werden. Ebenso wie die Kanzlerin die Autoindustrie beschützt, versucht das Gordon Brown auch mit den Regulierungsoasen und der britischen Finanzindustrie.

Die EU-Staaten müssen mit gutem Beispiel vorangehen und Steuer- und Regulierungsoasen schließen. Die Bundesregierung blamiert sich hier bis auf die Knochen, weil der Finanzminister zwar die Schweiz kollektiv als *Indianer* beleidigt, es aber nicht schafft den Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Steueroasen durch das Kabinett zu bringen. Steinbrücks *Kavallerie* ist eine ziemlich zahllose Truppe.

Die G20-Staaten haben zwar festgelegt, dass kein Gebiet mehr unbeaufsichtigt sein

soll, das aber mit der Einschränkung „... *as appropriate*“. Der Umgang mit Regulierungsoasen ist entscheidend für den Erfolg des G20-Gipfels kommende Woche.

3.2 Hedgefonds:

Beim Vorbereitungstreffen der G20-Finanzminister in UK wurde vereinbart, dass die Branchenverbände (!) der Hedgefonds Verhaltensprinzipien festlegen sollen. Im Abschlussdokument sind die G20-Forderungen an diese Verhaltensprinzipien wachsweg formuliert. Hedgefonds sind nicht direkt für die Krise verantwortlich. Dass sie nun vielleicht nicht streng reguliert werden, ist dennoch fatal. Wahrscheinlich haben auch einige Hedgefonds von der Krise profitiert:

Sie haben auf sinkende Aktienkurse gesetzt und per Leerverkauf daraus Profit gezogen. Gefährlich sind Hedgefonds, weil sie ihre Geschäfte meist mit sehr viel Fremdkapital unterlegen. Wird das sehr schnell abgezogen, geraten sie ins Schlingern.

Grüne Forderungen:

Ein **Internationales Kreditregister** soll der Aufsicht klarmachen, wie die Beziehungen zwischen Hedgefonds und Primebrokern (quasi die Hausbanken der Hedgefonds) gestaltet sind, ob Hedgefonds die gleichen Sicherheiten für unterschiedliche Kredite angeben.

Meldepflicht von Leerverkäufen: So kann das Risiko eingeschränkt werden, dass

Hedgefonds über das Streuen schlechter Nachrichten den Kurs einer Aktie drücken und davon per Leerverkauf profitieren.

3.3 Ratingagenturen:

Finanzmarktakteure und Aufseher haben sich blind auf die Noten der Ratingagenturen verlassen. Beide waren zu leichtgläubig. Da RA oft zuerst Finanzprodukte konstruiert und dann bewertet haben, ist die Bewertung häufig zu positiv ausgefallen. Zudem wurden sie von dem Produktverkäufer und nicht – käufer bezahlt, was zu Interessenskonflikten geführt hat.

Grüne Forderungen:

Transparenz – Ratingagenturen sollen Interessenskonflikte und Bewertungsmethoden offenlegen.

Grüne Finanzumsatzsteuer: Steuer soll auf jeden Umsatz bei Finanzprodukten erhoben werden, also auch bei Geschäften, die nicht an Börsen abgewickelt werden (ca. 95%!).

Finanzmärkte haben sich bisher bei Finanzierung des Gemeinwesens kaum beteiligt. Das ist nicht gerecht. Grüne Finanzumsatzsteuer sorgt für einen solidarischen Beitrag derjenigen, die für die Milliardenverluste auf Kosten der SteuerzahlerInnen verantwortlich sind. Wer viel an Finanzmärkten agiert (*day tra-*

der, Spekulanten, ...) zahlt mehr, als derjenige, der sich langfristig z.B. im Rahmen seiner Altersvorsorge engagiert. Steueraufkommen soll zu einem kleinen Teil bei Nationalstaaten bleiben, zum größten Teil ins EU-Budget fließen.

Es lohnt nicht mehr, gigantische Beträge wegen kleinster Gewinnchancen umzuschichten. Niemand braucht hochspekulative Finanzprodukte, die losgelöst von jedem realen Geschäft zu leicht für Spekulationsblasen sorgen.

Wir brauchen **neue Regelungen für Manageregehälter**, die Exzesse verhindern und Belohnung an langfristige Stabilität knüpfen, einen **Ausbau der Bundesanstalt für Fi-**

nanzdienstleistungsaufsicht und die Neuordnung der Landesbanken.

Und zur Bewältigung der Krisenlasten brauchen wir eine **zeitlich begrenzte Abgabe auf große Vermögen**, die **zweckgebunden** in die Bewältigung der jetzt geschaffenen Sondervermögen fließt. Das ist verursachergerecht.

Zur Rolle des Staates und des Steuerzahlers im derzeitigen Geschehen an den Finanzmärkten stellen sich ebenfalls einige grundsätzliche Fragen:

3.4 Wer sind eigentlich die Gläubiger?

Wessen Geld wird eigentlich derzeit mit viel Steuergeldern durch die Bankenrettung garantiert?

Das ist z.B. eine Frage, die im Falle der Hypo Real Estate bis heute von der Bundesregierung noch nicht beantwortet wurde. Für die AIG wissen wir es heute. Gut 16 Mrd, die der US-Steuerzahler hier reingab, flossen zur *Deutschen Bank*. Soviel zum Märchen von Herrn Ackermann, sie käme ohne Staatsgeld aus.

Und sicherlich hat die HRE eine Schlüsselstellung für den Pfandbriefmarkt, aber dass das alles systemisch relevante Schuldner sind, die von den mittlerweile über 80 Mrd.

Staatsbürgschaften – möglicherweise werden es 235 Mrd. - profitieren, das kann man **glauben**, aber mit guten Grund auch **bezweifeln**. Wissen tun wir es nicht. Das ist ein Grund, weswegen wir nun einen Untersuchungsausschuss einrichten werden.

Umso notwendiger ist aber nun auch, endlich den Herrn *Flowers* zu **enteignen** und ihn **zum Marktwert zu entschädigen**, anstatt sich weiter von ihm erpressen zu lassen.

3.5 Too Big to fail

Und eine andere Frage ergibt sich aus dem derzeitigen Geschehen. Wenn einige Privatbanken zu groß sind, um sie scheitern zu lassen, warum bezahlen wir aus Steuergel-

dern, die nochmalige Vergrößerung der Banken. Nichts anders aber waren die 18 Mrd. die der Bund für 25% der Commerzbank bezahlt hat, die keine 3 Mrd. wert ist.

Wenn das aber unvermeidlich ist, wenn wir also faktisch eine umfassende staatliche Gewährträgerhaftung für alle Banken haben, weil diese im Grunde eine öffentliche Aufgabe erfüllen, dann muss das Konsequenzen für die Zukunft haben.

Dann muss die öffentliche Hand nicht nur eine viel stärkere Aufsicht, sondern sogar Kontrolle über die Geschäfte haben.

Ich möchte hier nicht der Verstaatlichung des gesamten Bankensektors das Wort re-

den, aber eine einfache Rückkehr zur Tagesordnung kann es nach der Krise dann nicht geben.

4 Institutionelle Fragen

Mit der jetzt sichtbaren Aufwertung der **G 20 zeichnet sich eine deutliche Veränderung der „G-Gruppen“** ab, auch wenn noch nicht klar, ob man sich auch zukünftig auf „Leader“ Ebene in diesem Format treffen wird.

Die Gruppe der G20 ist „systemrelevant“, wenn es um Entscheidungen zur Stabilisierung des Wirtschaftssystems geht. In der Gruppe der zwanzig Industrie- und Schwellenländer leben rund **62% der Weltbevölkerung**, die etwa **77% des Welt-**

Bruttonationaleinkommens und fast **90% des Welthandels** auf sich vereinigen.

Die G20 sind keine G-192, wie sie das UN-System ausmachen. Daher wird die Legitimität und Reichweite der G20 von vielen Staaten aber auch Nichtregierungsorganisationen bestritten.

Die Bundeskanzlerin hat mit dem Vorschlag einen **Weltwirtschaftsrat** zu schaffen und sich auf eine **Charta für nachhaltiges Wirtschaften** zu verständigen, den Versuch unternommen, mit einem visionären Vorschlag verbunden zu werden. Grüne Nachfragen ergaben allerdings leider, dass das nur heiße Luft war. Konkrete Vorschläge existieren nicht.

Wenn der **IWF**, wie jetzt von den Europäern gewünscht, in den **Mittelpunkt zur Lösung von Krisen und zur Vermeidung von zukünftigen Krisen** gemacht werden soll, stellen sich eine ganze Reihe von Fragen, auf die wir vielleicht heute eine Antwort finden.

Grundsätzlich brauchen wir eine globale Finanzinstitution. Eine Abschaffung des IWF, wie von Teilen der globalisierungskritischen Bewegung gefordert, ist nicht zielführend.

In vielen Teilen der Welt ist der IWF allerdings **gründlich desavouiert**. Seine Reaktion auf die Asienkrise in den neunziger Jahren hat ihn zur meistgehassten Institution gemacht. Dadurch wurden im Übrigen die regionale Währungs Kooperation und der

Aufbau von Währungsreserven extrem befördert.

Wenn der IWF zukünftig Akzeptanz zurückgewinnen will, muss seine Struktur den Veränderungen der Weltwirtschaft Rechnung tragen.

Schwellen- und Entwicklungsländer müssen stärker repräsentiert sein.

Das wird im Ergebnis nur zu erreichen sein, wenn das europäische Stimmengewicht zurückgeht.

Und es bedarf weiterer Änderungen:

↪ Der Währungsfonds muss die **ideologische Orthodoxie** der Institution („*Washington Consensus*“) **überwinden**.

↪ Er muss die **Konditionen seiner Kreditprogramme verändern**, um generell den Gestaltungsspielraum in den betroffenen Ländern zu vergrößern, etwa für antizyklische Maßnahmen oder soziale Transferleistungen. Ob die in dieser Woche beschlossene Änderung der Kreditvergabe des IWF durch eine neue „*Flexible Credit Line*“ mit deutlich erleichterten Bedingungen und Zeitvorgaben bei der Kreditvergabe ein Schritt in die richtige Richtung ist, sollten wir heute diskutieren.

5 Fazit

Die Anarchie auf den Finanzmärkten bedarf einer geschlossenen Antwort:

Investieren – Regulieren – Neue Institutionen

Heute wollen über das **Regulieren** und über die **Institutionen** reden. Wir tun es im Bewusstsein eines historischen Einschnittes in der **Geschichte des Kapitalismus**.

**Wir werden ihn transformieren
müssen, um seinen Selbstmord zu
verhindern.**

Ich wünsche eine anregende Diskussion.